



Zur Wirtschaftslage
 Internationaler Konjunkturverlauf erfordert flexible Wirtschaftspolitik 209
 Bundesrepublik Deutschland:
 Auf den Anstieg der Beschäftigung kommt es an 214

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25/77

Berlin

23. Juni 1977

44. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Internationaler Konjunkturverlauf erfordert flexible Wirtschaftspolitik

Der Expansionsprozeß in den USA hat sich gefestigt, während die konjunkturelle Situation in Westeuropa noch labil ist. Bei der Bekämpfung von Inflation und Zahlungsbilanzschwierigkeiten sind die Regierungen vieler westeuropäischer Länder vor eine nicht leicht zu lösende Aufgabe gestellt. Die konjunkturelle Differenzierung ist vor allem Ausdruck dafür, daß die amerikanische Regierung bei der Überwindung wirtschaftlicher Schwäche und dem Abbau der Arbeitslosigkeit sehr viel tatkräftiger vorgeht als die Regierungen der westeuropäischen Länder.

So schreckte man in den USA trotz heftiger Kritik aus dem monetarischen Lager nicht davor zurück, expansive finanzpolitische Maßnahmen zu ergreifen, nachdem sich der Wirtschaftsaufschwung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres abgeschwächt hatte. Die Regierung machte mit dieser Politik deutlich, daß sie entschlossen ist, auf ein Wirtschaftswachstum hinzuwirken, bei dem die Arbeitslosigkeit fortschreitend abgebaut wird. Als sich im Frühjahr zeigte, daß diese Entschlossenheit bereits ein wirtschaftliches Klima geschaffen hatte, in dem sich der Expansionsprozeß wieder verstärkte, war die amerikanische Regierung flexibel genug, steuerpolitische Anregungsmaßnahmen nicht mehr in Kraft zu setzen, da mit ihnen inzwischen die Gefahr einer konjunkturellen Übersteigerung verbunden gewesen wäre.

Verfehlt wäre es, diese Flexibilität als ein der Verstetigung abträgliches Vor und Zurück aufzufassen. Vielmehr ist erfolgreiche wirtschaftspolitische Steuerung nur möglich, wenn sie veränderte Umstände berücksichtigt. Ein solches wirtschaftspolitisches Verhalten ist nicht mit jener halbherzigen Politik zu verwechseln, die in der Vergangenheit in westeuropäischen Problemländern des öfteren betrieben wurde, wenn im Konflikt zwischen Inflationsbekämpfung und Wachstumsförderung zum Abbau der Arbeitslosigkeit zugleich auf dämpfende und anregende Maßnahmen zurückgegriffen wurde. Hat sich erst einmal die Inflation erheblich beschleunigt und ist die Leistungsbilanz stark defizitär, so bleibt nichts anderes übrig, als durch eine konsequente Restriktionspolitik der Inflation Herr zu werden und damit eine grundlegende wirtschaftliche Gesundung herbeizuführen, die den Boden für einen anhaltenden Expansionsprozeß bereitet.

Hierzu bedarf es dann jedoch entschiedener finanzpolitischer Unterstützung, wie gerade das amerikanische Beispiel zeigt. Die Entwicklung in Frankreich und Großbritannien macht überdies deutlich, daß eine Restriktionspolitik nur noch akzeptiert wird, wenn die Regierungen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, nach Erreichen quantitativer festzulegender Stabilitätsziele wieder auf Expansion hinzuwirken. Verharren sie jedoch aus Inflationsfurcht in einer abwartenden Haltung, so erscheinen

die Opfer, die in der Restriktionsphase gebracht werden, als nutzlos.

Nun ist allerdings die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß sich bei einer Wachstumsstimulierung auch die Inflation wieder beschleunigt. Das Inflationsproblem ist jedoch nicht dadurch befriedigend zu lösen, daß man in der Wachstumspolitik zu zaghaft vorgeht. Vielmehr müssen Methoden der Inflationsbekämpfung gewählt werden, die eine Beschleunigung des Preisauftriebs bei ausreichendem Wachstum verhindern. Hier rückt die Einkommenspolitik in den Vordergrund. Ausreichendes Wachstum und mäßiger Preisanstieg dürften jedenfalls ohne das Abstecken einkommenspolitischer Ziele im Rahmen eines Sozialkontrakts auf Dauer nur schwer gemeinsam zu erreichen sein.

In den *USA* ist jetzt die dringendste wirtschaftspolitische Aufgabe, die Gefahr einer nachhaltigen Erhöhung der Inflationsrate zu bannen. Die Beschleunigung des Preisanstiegs in den ersten Monaten dieses Jahres war vor allem auf Sonderfaktoren, wie den starken Anstieg der Nahrungsmittel- und Energiepreise als Folge des harten Winters, zurückzuführen. Im weiteren Verlauf der Expansion könnten jedoch endogene inflationsverstärkende Faktoren wirksam werden.

Nachdem im Winterhalbjahr der private Verbrauch beschleunigt gestiegen war, hat sich nun auch die Investitionsneigung erhöht. Damit verstärkt sich die Zunahme des Arbeitsplatzangebots. Die Herausbildung von Engpässen bei zunehmender Kapazitätsauslastung, die den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit erschwerte, wird dadurch verhindert.

Eine kräftige Steigerung der Anlageinvestitionen führt jedoch auch zu einer Erhöhung des Investitionsanteils am Sozialprodukt. Im Kreislaufzusammenhang wird diesem überdurchschnittlichen Investitionsanstieg eine weitere Abnahme des immer noch hohen Defizits der öffentlichen Hand und damit eine erhöhte Fremdfinanzierung der Investitionen gegenüberstehen. Gleichzeitig werden sich aber auch die Gewinne weiter überdurchschnittlich erhöhen. Während der Rezession war die Gewinnquote relativ niedrig, doch ist sie bereits 1976 auf das Durchschnittsniveau der Nachkriegszeit gestiegen. Eine weitere Zunahme könnte leicht Anlaß zu einem Wiederaufleben des Verteilungskampfes geben, bei dem sich der Lohn-Preis-Auftrieb beschleunigt.

Versuchte die amerikanische Regierung, dem entgegenzuwirken, indem sie im Rahmen eines Sozialkontrakts Verständigung zwischen den Tarifparteien herbeiführen wollte, so wäre dies sicherlich nicht zu erreichen, wenn man nur von den Gewerkschaften Zurückhaltung erwartete. Hielten sich dagegen auch

die Unternehmen zurück und erklärten sich bereit, sich mit einer maßvollen gesamtwirtschaftlichen Gewinnquote zu begnügen, so könnte dies ein Verhandlungsklima schaffen, in dem Verständigung über die Einkommensziele erreicht wird. Der Verzicht auf bedenkenlose Einkommensmaximierung würde sich in Form eines kontinuierlichen Expansionsprozesses für beide Tarifparteien auszahlen.

In *Frankreich* kommt die Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr darin zum Ausdruck, daß die Prognosen für das Wachstum des Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr immer noch innerhalb einer Bandbreite von 2 bis 4,5 liegen. Unsicher ist vor allem die Einschätzung der Investitionsentwicklung im privaten Sektor. Seit einigen Monaten sind die Auftragsbestände in der Investitionsgüterindustrie nicht mehr, die Investitionen nur noch langsam gestiegen. Aber auch die Exportzunahme blieb hinter den Erwartungen zurück, wengleich das Handelsbilanzdefizit fast abgebaut werden konnte. Andererseits war die Strategie des „Barre-Plans“, über eine Dämpfung der inländischen Nachfrage Preis- und Lohnsteigerungen zu bremsen, nicht ohne Erfolg. Die Mehrwertsteuersenkung wurde weitgehend an die Verbraucher weitergegeben. Gegenüber Herbst 1976 wurde der Anstieg der Verbraucherpreise etwa halbiert. Zwar hat sich die Inflationsrate zuletzt wieder erhöht, dabei handelt es sich aber überwiegend um das Ergebnis von Sondereinflüssen, wie der Anhebung von Agrarpreisen und Tarifen im öffentlichen Sektor.

Der besorgniserregende Anstieg der Arbeitslosenzahlen hat die Regierung indes veranlaßt, ihre restriktive Politik zu mildern. Regionen mit besonders großen Beschäftigungsproblemen sollen zinsverbilligte Kredite in Höhe von 4 Mrd. FF erhalten. Durch das Programm wird die Lage am Arbeitsmarkt jedoch nicht wesentlich entschärft. Aufgrund der 1978 anstehenden Parlamentswahlen ist daher zu erwarten, daß es im Laufe des Jahres zu einer weiteren Lockerung der Restriktionen kommt.

Entgegen allen pessimistischen Prognosen erlebte *Italien* im vergangenen Jahr einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung. Es stellt sich damit die Frage, ob die vorsichtigen Prognosen für 1977 ebenfalls zu pessimistisch sind. Wichtigster Grund der negativen Beurteilung ist die Preisentwicklung. Im Gegensatz zu den anderen großen EG-Ländern hat sich der Preisauftrieb in Italien schon 1976 beschleunigt.

Die Gewerkschaften haben im Zusammenhang mit der Diskussion um die Auflagen des Internationalen Währungsfonds erkennen lassen, daß sie bereit sind, den Inflationsausgleich künftig im voraus nicht mehr so hoch anzusetzen. Allerdings ist es bisher nicht

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1975 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	BSP	Ausfuhr der BRD	1975			1976 ²⁾			1977 ²⁾		
			real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾
Bundesrepublik Deutschland	11,3	-	- 2,5	4,4	7,1	5,5	9	3	5	9	4
Frankreich	9,0	17,9	- 1,2	12,6	14,0	5	15	9,5	3,5	12	8
Großbritannien	6,2	7,0	- 1,7	26,0	28,2	1,5	17	15,5	1,5	15,5	14
Italien	4,7	11,2	- 3,5	13,2	17,3	5,5	24,5	18	2	20,5	18
Niederlande	2,2	15,3	- 1,1	9,8	11,0	4	13,5	9	4,5	13	8
Belgien	1,7	11,6	- 1,8	10,2	12,2	4	14	9,5	3,5	12	8
Dänemark	1,1	3,2	- 1,3	11,5	13,0	5	14,5	9,5	1,5	10,5	9
Irland	0,2	0,4	- 0,2	23,1	23,3	3	19,5	16	2,5	15	12
EG	36,4	-	- 2,0	12,2	14,5	4,5	14,5	9,5	3,5	13	9
Schweden	1,9	5,6	0,5	15,2	14,6	1	11	10	1,5	11,5	10
Schweiz	1,5	6,6	- 7,6	- 1,5	6,6	0	1,5	1,5	1,5	3	1,5
Österreich	1,0	6,8	- 2,0	6,7	8,9	5	11,5	6	4,5	11	6
Norwegen	0,8	2,4	3,5	13,9	10,0	5,5	14,5	8,5	6,5	15,5	8,5
Europäische Industrieländer	41,6	-	- 2,0	11,7	14,0	4	14	9	3,5	12,5	9
Europäische Industriel.o.BRD ⁴⁾	30,3	-	- 1,8	14,4	16,5	3,5	15,5	11,5	2,5	13,5	10,5
Europäische Industriel.o.BRD	-	88,0	- 1,9	11,6	13,8	4	14,5	10	3	12,5	9,5
USA	40,9	9,1	- 1,8	7,3	9,3	6	11,5	5	5	11,5	6
Kanada	4,3	1,3	0,6	11,4	10,7	4,5	14,5	9,5	4	11,5	7
Japan	13,2	1,6	2,4	10,0	7,4	6,5	13	6,5	5	13,5	8
Außereuropäische Industrieländer	58,4	-	- 0,7	8,2	9,0	6	12	5,5	5	12	6,5
Außereuropäische Industriel. ⁴⁾	-	12,0	- 1,0	8,1	9,2	6	12	5,5	5	12	6,5
Insgesamt	100,0	-	- 1,2	9,7	11,0	5,5	13	7	4,5	12	7,5
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾	88,7	-	- 1,1	10,3	11,6	5	13,5	7,5	4	12,5	8
Insgesamt ohne BRD	-	100,0	- 1,8	11,2	13,2	4	14	9,5	3,5	12,5	9

1) Auf Dollarbasis. - 2) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- 3) Deflationierungsfaktor.- 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte			Importe		
	von Gütern und Diensten														
	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾
Bundesrepublik Deutschland	2,5	3,5	4,5	3,8	2,5	2,5	- 4,2	5	5	- 6,9	12	8	- 3,5	11	8,5
Frankreich	3,3	5	3,5	2,7	3	1	- 4,3	3	2	- 3,7	10	9	- 7,0	19	10
Großbritannien	-1,0	0	0	4,5	3	1	- 1,3	-4,5	-3	- 4,0	7	6	- 6,5	5	3,5
Italien	-1,4	3	2	2,8	2	1,5	-13,0	2,5	2	3,5	12,5	9	- 9,9	13	7
Niederlande	3,0	4	3,5	2,6	4	1,5	- 3,9	-3	7	- 2,9	10,5	5,5	- 3,8	11,5	6
Belgien	0,8	3,5	3,5	8,1	4	3	- 3,3	2	3	- 9,4	6	6	-10,3	7	5,5
Dänemark	5,0	5,5	1,5	4,7	3	1,5	- 7,9	7	1	- 1,3	4	7	- 5,0	14	2,5
Irland	-3,2	2	1	5,6	2	2	- 6,6	0	-1	6,6	6	6	-11,6	6	6
EG	1,5	3,5	3	3,8	3	1,5	- 5,0	2	2,5	- 4,2	10	7,5	- 4,3	11	7
EG ohne BRD	1,1	3	2,5	3,8	3	1,5	- 5,3	1	1,5	- 3,0	9	7	- 7,3	11,5	6
Schweden	2,9	5	2	5,4	2,5	2	- 1,4	1	1	- 8,8	5	6	- 1,4	5,5	5
Schweiz	-2,9	-1,5	1,5	1,4	6	1	-13,7	-6,5	0	- 6,8	9,5	5,5	-14,2	11	4,5
Österreich	2,5	4	4	3,0	2,5	2,5	- 5,9	5,5	6,5	- 7,2	11,5	7,5	- 9,0	18	8,5
Norwegen	5,6	5,5	5	5,1	5	5	10,7	12,5	4	3,1	8	10	6,9	10,5	7
Europäische Industrieländer	1,5	3	3	3,8	3	2	- 4,7	2	2,5	- 4,4	9,5	7,5	- 4,3	11	6,5
Europäische Industrieländer o.BRD	1,2	3	2,5	3,9	3	1,5	- 4,9	1	1,5	- 3,5	9	7	- 6,7	11	6
USA	1,5	5,5	5	3,0	3	2,5	-12,4	5	8	- 6,8	6	6	-15,6	17,5	8
Kanada	4,9	6,5	4	3,8	3	3,5	2,4	1	3	- 7,1	9,5	7	- 2,5	8	7,5
Japan	6,1	4,5	5	7,0	4,5	4	- 2,9	5	5	4,4	17	9	- 8,2	8	9,5
Außereuropäische Industrieländer	2,7	5,5	5	3,6	3	3	- 7,7	4,5	6,5	- 3,8	9,5	7	-11,1	13	8,5
Insgesamt	2,2	4,5	4	3,7	3	2,5	- 6,4	3,5	4,5	- 4,2	9,5	7	- 6,8	12	7,5
Insgesamt ohne BRD	2,2	4,5	4	3,7	3	2,5	- 6,7	3,5	4,5	- 3,7	9	7	- 8,6	12	7

1) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. - Gewichte 1975 auf Dollarbasis.

Quellen: Vgl. Tabelle Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			Lohnstückkosten ²⁾		
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Beschäftigung											
	in Landeswährung														
	in Landeswährung									in SZR					
	1975	1976 3)	1977 3)	1975	1976 3)	1977 3)	1975	1976 3)	1977 3)	1975	1976 3)	1977 3)	1975	1976 3)	1977 3)
Bundesrepublik Deutschland	2,9	15	9	4,1	7,5	9	5,5	8,5	4	6,8	1,5	4	8,8	6,5	7,5
Frankreich	6,1	20	15	15,8	13,5	10,5	7,4	14,5	11	17,2	8	6,5	27,6	0,5	5
Großbritannien	7,1	25	27	29,9	14	11,5	9,0	23	25	32,1	12	10	21,0	- 4,5	6
Italien	2,3	24	17	21,6	22,5	20	6,0	17,5	14,5	26,0	16	17,5	23,7	- 7	5
Niederlande	- 8,1	28,5	16	12,7	10,5	12	-7,1	23,5	11	14,0	6	7	17,5	8,5	9,5
Belgien	3,1	17	16,5	14,0	13,5	11,5	5,0	12,5	12,5	16,1	9	7,5	18,7	11,5	10
Dänemark	- 3,5	9,5	12,5	15	13,5	8	-2	4,5	11	16,5	8	6,5	19,5	9,5	8
Irland	24,1	22	20	27,0	17	12	24,3	18,5	17	27,3	13,5	9,5	16,6	- 3,5	5,5
EG	3,6	19,5	15	15,5	13	11,5	4,9	15	11,5	16,9	7,5	7,5	18,1	3	7
Schweden	- 3,1	-10,5	5,5	20,0	15,5	12,5	-3,6	-11,5	4	19,4	14,5	11	23,6	16	12,5
Schweiz	- 6,6	4,5	7	2,2	1,5	2,5	1,1	4,5	5,5	10,6	2	1	22,4	11,5	3,5
Österreich	-11,9	16	13,5	12,9	10	10	-10,1	10	8,5	15,2	5	5,5	19,3	9	9,5
Norwegen	1,5	17,5	19	18,8	13,5	17	-1,9	11,5	11,5	14,8	7,5	10	17,9	9	11,5
Europäische Industrieländer	2,6	18	14,5	15,2	12,5	11,5	3,8	13	11	16,7	7,5	7,5	18,5	4	7,5
USA	7,3	15	11,5	6,1	10,5	11,5	9,3	8	6	8,0	4	6	8,1	8,5	6,5
Kanada	8,5	7,5	13,5	15,3	15	13,5	7,9	3	9	14,6	10	9	10,4	19	6,5
Japan	15,9	21	14,5	17,3	13	13	13,2	14	9	14,6	6,5	7,5	11,1	13	11,5
Außereuropäische Industrieländer	10,2	16,5	12,5	9,1	11,5	12	10,2	9	7,5	11,0	5,5	7	9,3	11,5	8
Insgesamt	7,1	17	13,5	11,6	12	11,5	6,1	11,5	9,5	14,6	7	7,5	15,2	7	7,5

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoeinkommens.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Beschäftigung je Einheit des realen Bruttoeinkommens.- 3) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- Gewichtet mit 1975er Anteilen. Für 1) und 2): Ausfuhr auf Dollarbasis.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

gelingen, die „scala mobile“, Indexbindung der Löhne an die Preisentwicklung, zu entschärfen. Dennoch kann für die zweite Hälfte dieses Jahres mit einer geringen Abschwächung des Preisauftriebs gerechnet werden.

Die Industrieproduktion hat in den letzten Monaten fast stagniert; die Absatzerwartungen der italienischen Unternehmen sind jedoch nach oben gerichtet. Da die Ausfuhr angesichts der anhaltenden Expansion des Welthandels weiter, und zwar merklich, steigen wird, dürfte die Annahme eines Sozialproduktwachstums von 2 vH für 1977 eher eine Untergrenze bezeichnen. Die italienische Außenwirtschaftssituation hat sich gefestigt. Das ursprünglich hohe Leistungsbilanzdefizit konnte bereits merklich vermindert werden.

In *Großbritannien* stehen weiterhin die einkommenspolitischen Bemühungen der Regierung im Vordergrund. Bisher ist die Zurückhaltung, zu der sich die britischen Arbeitnehmer im Rahmen des Sozialkontrakts bereitfanden, weder von den britischen Unternehmen noch von der britischen Regierung ausreichend dazu genutzt worden, die Weichen

für einen von der Investitionsentwicklung getragenen und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führenden Expansionsprozeß zu stellen. Es fällt daher äußerst schwer, in der dritten einkommenspolitischen Phase ähnliche Ergebnisse zu erreichen wie in den vorangegangenen. Die britische Regierung hat wiederum, wie schon im letzten Jahr, Einkommensteuererhöhungen für den Fall angekündigt, daß ein neuer Sozialkontrakt nicht zustande kommt. Die Gewerkschaften setzen einem solchen Kontrakt aber auch deswegen mehr Widerstand als früher entgegen, weil eine geldpolitische Fehlsteuerung im vergangenen Jahr eine starke Pfundabwertung herbeiführte, durch die die Importe erheblich verteuert worden sind. Eine Verständigung ist nur dann zu erwarten, wenn die Regierung glaubhaft machen kann, daß sie die Einkommenspolitik künftig besser flankieren wird als in der Vergangenheit. Dazu gehören nicht nur der Verzicht auf eine zu starke Geldmengenausweitung, sondern auch gezielte Maßnahmen zur Investitionsanregung. Überdies könnten die staatlichen Unternehmen ein Beispiel geben und der allgemeinen Investitionsschwäche durch forcierte Investitionsprogramme entgegenwirken.

Bundesrepublik Deutschland: Auf den Anstieg der Beschäftigung kommt es an

Die jüngsten Daten der Auftragseingangsstatistik des verarbeitenden Gewerbes haben die häufig zu hörenden Zweifel am Fortgang des Aufschwungs relativiert. Unsicherheit über die Stärke der Auftriebskräfte besteht indes fort. Diese Unsicherheit ist noch immer im wesentlichen mit der Umstellung der kurzfristigen Industriestatistik begründet: Für die Auftragseingänge im produzierenden Gewerbe liegen seit Jahresbeginn nur vorläufige Daten vor. Die mit der Veröffentlichung der ersten April-Daten vorgenommene Korrektur an den März-Ergebnissen macht deutlich, wie groß die Unsicherheitsbereiche sind, mit denen gegenwärtig bei Konjunkturanalysen gerechnet werden muß. Hinzu kommt die Frage, ob es mit der Umstellung der Statistik einen Niveau-sprung zu Jahresbeginn gegeben hat, der Vergleiche von Daten dieses Jahres mit denen des Jahres 1976 verzerren würde. Die Betrachtung der bisher für 1977 vorliegenden Werte für den Auftragseingang legt die Vermutung nahe, daß sie einen derartigen Niveaufehler enthalten. Ein zuverlässiges Bild über die Höhe der Nachfrage in der Industrie läßt sich mit dieser Statistik nicht zeichnen.

Beschränkt man sich bei der Analyse auf die Entwicklung der Nachfrage seit Jahresbeginn, so kommt man dennoch zu einem recht günstigen Urteil: Der Auftragseingang hat im März/April saisonbereinigt den Stand von Januar/Februar deutlich übertroffen. Zu dieser Nachfragebelebung hat der kräftige Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland entscheidend beigetragen. Die vorangegangene Schwäche der Auslandsnachfrage ist durch eine erneute kräftige Expansion abgelöst worden. Weniger günstig verlief der Bestelleingang aus dem Inland. Dieser Teil der Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen hat sich auch im März/April noch nicht von dem zum Jahresbeginn erreichten Stand gelöst: Ansätze für eine sich fortsetzende Belebung sind hier noch nicht erkennbar.

Die Entwicklung in den Hauptgruppen der Industrie zeigt ein recht differenziertes Bild. Nach einer längeren Phase stagnierender Bestelleingänge konnten die Grundstoff- und Produktionsgüterproduzenten nun einen besonders ausgeprägten Anstieg der Nachfrage verzeichnen. Dazu haben lagerzyklische

Impulse aus dem Ausland und Inland gleichermaßen beigetragen. Die Unternehmen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes konnten dagegen lediglich aus dem Ausland mehr Aufträge hereinnehmen. Auch die Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem Ausland hat sich wieder etwas belebt. Die für die gesamte konjunkturelle Entwicklung besonders wichtige Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem Inland hat demgegenüber noch nicht angezogen. Dabei wird die Entwicklung sowohl durch große Ausschläge von Monat zu Monat, als auch durch beträchtliche Unterschiede in den einzelnen Branchen gekennzeichnet.

Der Mangel an Kontinuität wirkt der Festigung des Vertrauens in die Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs immer wieder entgegen. Die Auftriebskräfte können sich unter diesen Bedingungen nur schwer entfalten. Pessimismus kommt immer wieder neu auf, wirkt der Erhöhung des Expansionstempos entgegen und rechtfertigt sich auf diese Weise selbst.

Anders als der Auftragseingang zeichnen die verfügbaren Produktionsindizes das Bild eines nicht unbeachtlichen Wachstums. Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes war im März/April saison- und arbeitstäglich bereinigt um 2 vH höher als im Durchschnitt der davor liegenden zwei Monate. Wegen der nachträglichen Korrektur der März-Ergebnisse nach oben sieht nun auch die Entwicklung des Sozialprodukts im ersten Viertel dieses Jahres günstiger aus als zuvor: Das reale Produkt hat gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 4 vH (statt um 3,5 vH) zugenommen; vom vierten Quartal 1976 zum ersten Quartal 1977 stieg es — saison- und arbeitstäglich bereinigt — mit der beachtlichen Rate von 1,5 vH (6 vH Jahresrate). Die tatsächliche Produktionsentwicklung hat also in dieser Zeit, soweit es die Daten erkennen lassen, frühere Erwartungen keineswegs enttäuscht.

Die Belebung der Auslandsnachfrage spricht dafür, daß die reale Warenausfuhr im weiteren Jahresverlauf mit einer Jahresrate von etwa 10 vH steigt. Die Zunahme der Lohneinkommen und die jetzt verfügbar werdenden Beträge aus prämiengünstigten Spareinlagen schaffen die Voraussetzungen dafür, daß sich auch die Nachfrage der privaten Haushalte beschleunigt erhöht. Lagerzyklische Einflüsse werden ebenfalls zu einer Verstärkung der Endnachfrage beitragen. Die jüngsten Daten des Auftrags-eingangs lassen allerdings noch nicht erkennen, daß diese, den Unternehmen durchaus bekannte Perspektive die Investoren schon zu aktiveren Dispositionen ermutigt hätte. Engagements in mehr Anlageinvestitionen und mehr Beschäftigung werden noch immer vermieden.

Zum Teil liegt dies sicherlich daran, daß die Finanzpolitik in ihrer Grundtendenz den Aufschwung eher gehemmt als gefördert hat. Die erneute Abnahme der öffentlichen Bauinvestitionen im ersten Quartal spricht jedenfalls dafür, daß der Bausektor von den öffentlichen Haushalten keine Impulse erhält. Es muß abgewartet werden, ob dies auch für die Zukunft gilt. Die mit der Erhöhung der globalen Minderausgabe geplante weitere Kürzung des Bundeshaushalts 1977, wie sie zur Entscheidung ansteht, zeigt, daß sich die Einsicht in die konjunkturpolitischen Notwendigkeiten keineswegs schon überall durchgesetzt hat. Eine expansivere Einstellung der Finanzpolitik ist aber auch deshalb erforderlich, weil die mittelfristigen Absatzerwartungen noch immer durch ungelöste Fragen, z. B. der Energiepolitik und der Rentensanierung, belastet sind.

Zu einer wesentlichen Quelle für den Pessimismus hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt entwickelt. Tatsächlich ist der Abbau der konjunkturellen Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten nicht mehr vorangekommen. Offenbar sind die kurzfristig mobilisierbaren Produktivitätsreserven der Wirtschaft größer, als häufig angenommen wird. Eine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit über eine Erhöhung der Beschäftigung erfordert demnach ein höheres Wachstum, als selbst in als optimistisch bezeichneten Prognosen erwartet wird.

Ausblick

Die beharrlich ungünstige Lage am Arbeitsmarkt ist Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion. Bei einer Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von einer Million zwei Jahre nach dem Beginn des Aufschwunges ist das nur zu verständlich. Eine solche Zahl ist Herausforderung, nach Möglichkeiten zu suchen, die zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation führen. Dabei zeigt sich eine wachsende Bereitschaft, für dieses Ziel relativ hohe Beträge einzusetzen. In Anbetracht der erheblichen direkten und indirekten Kosten der Arbeitslosigkeit ist dieser Tendenz grundsätzlich zuzustimmen. Da die haushaltspolitischen Möglichkeiten zur Steigerung der Ausgaben weiterhin gering sind, können jedoch nur solche Maßnahmen als geeignet gelten, die kurz- oder zumindest mittelfristig einen positiven Effekt auf die Beschäftigung erwarten lassen. Nur dann kann überdies eine „Nachfinanzierung“ heutiger Aufwendungen in Form späterer höherer Staatseinnahmen oder niedrigerer Ausgaben erhofft werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist z. B. die Einführung des 10. Pflichtschuljahres eine geeignete Maßnahme.

Ein kurzfristiger Beschäftigungseffekt entsteht durch die Einstellung zusätzlicher Lehrer. Gewichtiger ist aber die Wirkung für die betroffenen Jugendlichen. Ein großer Teil von ihnen kann gegenwärtig nicht damit rechnen, eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhalten. Damit verringern sich für sie auch die mittelfristigen Beschäftigungschancen. Bei Einführung eines 10. Pflichtschuljahres würden kurzfristig die Lage im Ausbildungsbereich entspannt, die Ausbildungschancen insgesamt verbessert und mittelfristig die Beschäftigung der nachwachsenden Erwerbsfähigen über eine bessere Berufsausbildung positiv beeinflusst.

In gleicher Weise erscheinen Maßnahmen geeignet, die einen unumstrittenen und dringenden Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften bei bestimmten öffentlichen Aufgaben (z. B. im sozialen und medizinischen Bereich) decken helfen. Wie stark die Zurückhaltung der öffentlichen Arbeitgeber in den letzten Jahren zur Mehrung der Arbeitslosigkeit beigetragen hat, ist vor kurzem an dieser Stelle dargelegt worden: Jährlich hätten bei Aufrechterhaltung früherer Ausgabenplanungen 50 000 Personen zu-

sätzlich eingestellt werden können¹. Auch der unmittelbare Vergleich der Kosten der Arbeitslosigkeit mit den Kosten für eine sinnvolle Beschäftigung spricht dafür, daß diese Zurückhaltung verfehlt ist.

Generell kommt es darauf an, die Arbeitslosigkeit durch eine Erhöhung der Beschäftigung und damit durch Produktionswachstum zu überwinden. Ungeeignet sind deshalb Maßnahmen, mit denen die Arbeitslosigkeit lediglich durch eine Verminderung des Arbeitskräfteangebots gesenkt werden soll. Das gilt insbesondere für Vorschläge, die flexible Altersgrenze herunterzusetzen, aber ebenso für eine über den bisherigen Trend hinausgehende Arbeitszeitverkürzung: Eine Produktions- und Beschäftigungssteigerung wird nicht erreicht. Deshalb wären die Gesamtkosten einer Senkung der flexiblen Altersgrenze außerordentlich hoch; zusätzliche sozialpolitische Leistungen können auf Dauer nur aus zusätzlicher Produktion finanziert werden.

¹ Vgl. Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erschwert Abbau der Arbeitslosigkeit. Bearb.: Jochen Schmidt und Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 18/77.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D 1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhold Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Internationaler Konjunkturverlauf erfordert flexible Wirtschaftspolitik bearbeitet von Manfred Teschner und Joachim Volz. —

Bundesrepublik Deutschland: Auf den Anstieg der Beschäftigung kommt es an bearbeitet von Jürgen Kunze.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D 1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D 1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.